



Einmalige Chance

Plädoyer für sinnvolles Wirtschaften und für die Befreiung von den Ideen des »mehr-schneller-grösser«

Von Thomas Gröbly

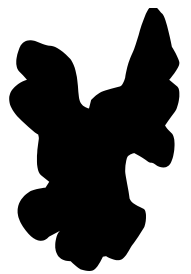
»Wer arbeitet, hat keine Zeit, Geld zu verdienen«, sagt das Sprichwort. Wer Geld für sich arbeiten lässt, gewinnt. Wer für Lohn arbeitet, verliert. Arbeitende müssen sogar für Exzesse an den Finanzmärkten bezahlen. Die tragische Komik dieses Spruches wurde in den letzten Monaten noch gesteigert. Die Banken werden weltweit mit unermesslichen Summen gerettet und gleichzeitig wächst die Zahl der Armen. Weltweit leiden laut der *UNO-Welternährungsorganisation* FAO bereits 923 Millionen Menschen Hunger. Der Soziologe Ulrich Beck nennt das im Gespräch mit dem *Tages Anzeiger* »Sozialstaat für das Finanzkapital«. Obwohl die Reichen viel Geld verlieren, tragen die Lohnabhängigen und Armen die Hauptlast. Der Druck am Arbeitsplatz und die Arbeitslosigkeit werden zunehmen, Steuern werden erhöht und Sozialleistungen abgebaut.

Die weit verbreitete Überzeugung, dass die Reichen reicher werden müssen, damit Wohlstand und Wohlergehen zu den Armen durchsickert, hat seine Glaubwürdigkeit verloren. Die Hilfszahlungen für die Banken führen zu Verschuldungen der Staaten, und es ist zu befürchten, dass Gelder für Sozialhilfe, Bildung, Kultur, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit fehlen werden. Was wird mit unseren Pensionskassen geschehen? Werden unter Spardruck noch mehr Arbeitsplätze in Billiglohnländer ausgelagert? Werden die prekären Arbeitsverhältnisse und die Zahl der working poors zunehmen?

Für Menschen ohne Finanzpolster ist diese Krise mehrfach entwürdigend. Die Arbeitnehmenden kommen unter Druck, mehr leisten zu müssen. Zugleich müssen sie fürchten, die Arbeit zu verlieren. Die Konkurrenzsituation in den Betrieben, aber auch zwischen den Betrieben und den Ländern, wird zunehmen. Die globalisierte Konkurrenz untergräbt Loyalität, Vertrauen und Solidarität und erschwert sinnvolles Wirtschaften. Konkurrenz führt in eine Spirale, die krank macht, den Handlungsspielraum verkleinert und die Abhängigkeit gegenüber den Arbeitgebern und letztlich dem Kapital erhöht. Diejenigen, die keine Arbeit haben, können immer weniger auf einen funktionierenden Sozialstaat zählen. Die Rezession macht die fragwürdigen Versprechen zunichte, dass alle Menschen ihr Leben und Alter mit Erwerbsarbeit sichern können. In dieser Situation droht eine Zunahme von prekären Arbeitsplätzen, bezeichnet als McDonaldisierung. Viele werden gezwungen sein, informellen Tätigkeiten ohne Gesamtarbeitsverträge (GAV), Mindestlohngarantien und Versicherungsschutz nachzugehen.

Für Frauen ist die Situation noch schwieriger. Die aktuellen Programme zur Ankurbelung der Wirtschaft sind meist nur auf Männerberufe zugeschnitten. In traditionelle Frauenberufe etwa im Sozial- und Gesundheitswesen wird hingegen nicht investiert, weil hier nur beschränkt Gewinne zu machen sind. Dies hat gemäss der Basler Ökonomin Mascha Madörin drei mögliche Folgen: Zum einen seien Gewinne, erklärt sie in der *Wochezeitung WoZ*, künftig nur mit Angeboten für Reiche zu erzielen, etwa mit Privatspitälern und Eliteschulen. Gewinne, so Madörin weiter, liessen sich erzielen zweitens durch die McDonaldisierung sowie die Verschlechterung des Service public oder drittens mit nicht existenzsichernden Löhnen, wie dies bereits heute bei haushaltsnahen Dienstleistungen üblich ist.

Die längst fällige Aufwertung der Haus- und Familienarbeit sowie der Freiwilligenarbeit wird mit hoher Wahrscheinlichkeit aufgeschoben werden. Die Gefahr, dass Ungleichbehandlung und Diskriminierung in der gegenwärtigen Krise bestehen bleiben, liegt auf der Hand.



Es ist daher sinnvoll, sich auf die Grundbedeutung von Wirtschaft und Geld zu besinnen. Wirtschaft sollte das Ziel verfolgen, alle Menschen mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen. Die nicht entlohnten Arbeiten, also Haus- und Familienarbeit sowie Freiwilligenarbeit, haben dabei eine zentrale Bedeutung, denn sie helfen mit, den Lebensunterhalt, die Lebensqualität und Würde für alle – auch für die Natur – zu sichern. Geld als Teil der Wirtschaft ist eine geniale Erfindung, um in einer komplexen Welt Güter und Dienstleistungen einfach tauschen zu können. Heute sind wir jedoch weit von dieser Grundbedeutung entfernt. Die Finanzsysteme sind längst so mächtig geworden, dass sie der Realwirtschaft die Bedingungen diktieren und sogar die Staaten nötigen, die Kosten ihres Missmanagements zu übernehmen. Wir sind quasi in Geiselhaft, denn es bleibt uns kaum eine andere Wahl, als die Banken zu retten.

Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas deutet dies als Weltwirtschaftskrise und beschreibt sie so: »Was mich am meisten beunruhigt, ist die himmelschreiende Ungerechtigkeit, die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des Systemsversagens die verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten.« Was steht da im Argen, dass das Geldsystem gerettet wird und daneben Menschen verarmen und verhungern?

Wir erleben zurzeit nicht nur eine Vertrauenskrise der Banken, welche mit ein paar neuen Regeln und Gesetzen zu beheben ist. Wir erleben gleichzeitig viele Krisen: Hungerkrise, Armutskrise, Terrorkrise, Klimakrise, Energiekrise, Weltwirtschaftskrise und Finanzkrise. Weil alle Krisen miteinander zusammen hängen, ist es eine einzige grosse Krise. Etwas plakativ lässt sich diese Krise als ein Kolonialisierungs-Syndrom bezeichnen. Endloses Wachstum und Gewinne funktionieren auf einem endlichen Planeten nur, wenn wir andere Menschen und die Natur ausbeuten und kolonialisieren. Kolonialisierung gründet auf Ungleichheit, Ausbeutung und Zwang.

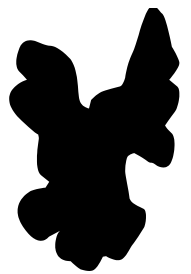
Das lässt sich am Beispiel von Agrotreibstoff gut zeigen. Die Energie- und Klimakrise soll mit guten Absichten durch die Förderung von Agrotreibstoffen eingedämmt werden. Gleichzeitig müssen Arbeitsplätze und Mobilität erhalten bleiben. Am Ende dieser Kette steht nicht nur eine miserable CO₂-Bilanz, sondern auch negative Auswirkungen auf die Ernährung der Menschen, da die Lebensmittelpreise steigen, was wiederum die weltweite Verelendung fördert. Fazit: Solange der freie Markt in der Landwirtschaft bestimmend ist, werden die Autofahrerinnen ihren Agrotreibstoff bekommen. Doch den Armen fehlt die Kaufkraft für Lebensmittel.

Die grosse Krise bietet heute allerdings auch die einmalige Chance, die »himmelschreiende Ungerechtigkeit« zu überwinden und eine Weltwirtschaftsordnung zu entwickeln, in der Grundbedürfnisse Priorität haben.

Es ist zu einfach, die finanzschwächeren Menschen nur als Opfer zu sehen. Denn jeder und jede hat die Idee des endlosen Wachstums und des »mehr-ist-besser« verinnerlicht. Dazu kommt die Spartrettmühle, die weit in den Mittelstand hineinreicht. Sie sparen und kaufen billig ein, wodurch die Arbeitsbedingungen und Löhne der Angestellten schlechter werden. Diese sind so wiederum gezwungen, zu sparen und billig einzukaufen. Es ist sicher nicht einfach, aus dieser Tretmühle aus zu steigen, aber es zeigt, dass alle lokal und global in diesem Spiel mit gefährlichem Ausgang Mitspieler sind. Der individuelle Nutzen wird zum kollektiven Schaden.

Wer schnell zum business as usual zurückkehren will, ist verdächtig. Wir müssen unsere eigenen Vorstellungen vom Glück, von Haben und Sein überdenken. Ja, unsere Köpfe sind von den Ideen des »mehr-schneller-grösser« und der Geldfixierung kolonialisiert. Davon können wir uns befreien. Die grösste Verantwortung liegt bei denen, die Geld haben. Sie müssen konsequent in zukunftsweisende Projekte und Firmen investieren und sich von den Gewinnzwängen befreien.

Als Arbeitende ist es sicher sinnvoll, lokale Beziehungen und Märkte zu stärken. Politisch ist es sinnvoll, die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens zu diskutieren und die Realis-



ierung zu unterstützen. Diese Krise ist eine grosse und faszinierende Chance, eine Finanz- und Wirtschaftsordnung zu entwickeln, welche für alle ein gutes Leben möglich macht.

© *Thomas Gröbly ist Ethiker und Publizist,*
www.ethik-labor.ch

Aufbruch Nr. 162, Dezember 2008